

Frühjahrgutachten 1990:

Wirtschaftlicher Aufschwung durch deutsche Einheit

Die deutsche Einheit wird aufgrund der erwarteten starken Güternachfrage in der DDR zu einem weitaus stärkeren Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland führen, als bisher erwartet wurde. Bis 1991 wird es einen regelrechten Nachfrageschub aus der DDR in Höhe von 35 bis 40 Milliarden DM geben. Dies ist die zentrale Aussage des Frühjahrgutachtens der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute.

„Aus dem wirtschaftlichen Zusammengehen der beiden deutschen Staaten ergeben sich nicht nur für die DDR, sondern auch für die Bundesrepublik große Chancen. Ein dynamischer Wachstumsprozeß in der DDR wird auch der Wirtschaft hier Impulse geben. Am Beginn ist mit einem schubartigen Anstieg der Nachfrage aus der DDR, vor allem nach Konsumgütern, zu rechnen. Auf mittlere Sicht werden Beschäftigung und Realeinkommen in der DDR und in der Bundesrepublik höher sein, als sie es unter den Bedingungen der Teilung gewesen wären.“

Die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 1990 ein Wirtschaftswachstum von 3,75 Prozent, für 1991 sehen die Wirtschaftsexperten einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Wachstums um 3,5 Prozent voraus. Ohne die Währungsunion läge es um etwa 1,5 Prozentpunkte niedriger. Voraussetzung ist, daß in der DDR marktwirtschaftliche Reformen schnell, umfassend und konsequent verwirklicht werden.

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Wirtschaft

Bundeskanzler Helmut Kohl: Keine Steuererhöhungen für die Anschubfinanzierung in der DDR. Seite 4

● Deutschland

Norbert Blüm: Die sozialen Netze müssen langsam verknüpft werden. Seite 5

● Unternehmen

Reprivatisierung enteigneter DDR-Betriebe — die Frist läuft. Seite 9

● Volkskammer

PDS-Abgeordnete müssen Stasi-Vergangenheit offenlegen. Seite 10

● Beschäftigung

Arbeitsmarkt: Selbst optimistische Erwartungen sind noch übertroffen worden. Seite 11

● Studienförderung

Größere Chancengerechtigkeit durch verbessertes BAföG. Seite 12

● Europa

„Der Countdown läuft“: Noch 1000 Tage bis zum Binnenmarkt. Seite 18

● Dokumentation

Politik für Arbeitnehmer. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Deutlich betonen die Institute auch, daß die konjunkturell bedingten Mehreinnahmen des Staates in etwa den unterstellten Mehrausgaben für die Finanzierung von Hilfen an die DDR (Infrastrukturmaßnahmen, Anschubfinanzierung für die Sozialversicherung) entsprechen. Überhaupt: die Behauptung, auf die Bundesrepublik kämen durch die deutsche Einheit immense finanzielle Lasten zu, wird von den fünf Wirtschaftsforschungsinstituten als falsch bezeichnet.

Steuererhöhungen abgelehnt

Denn: Bei den Kosten der Sanierung der DDR-Wirtschaft werde es sich zum allergrößten Teil um die „privatwirtschaftliche Finanzierung eines Investitionsprozesses“ handeln. Und die öffentlich aufzubringenden Mittel, wie insbesondere die Hilfen für die Umweltsanierung und die Infrastruktur, können — nach Ansicht der Experten — zu einem wachsenden Teil aus der zunehmenden Wirtschafts- und Steuerkraft der DDR aufgebracht werden. „Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen und Umweltvorhaben aus öffentlichen Mitteln heißt also nicht automatisch aus öffentlichen Mitteln der Bundesrepublik.“

Ähnlich sehen dies die Wirtschaftswissenschaftler auch für die Finanzierung der Sozialleistungen, wobei allerdings in der Anfangsphase die Bundesrepublik einen Teil der Lasten tragen müsse, die aus der „zunächst wohl stark zunehmenden Arbeitslosigkeit und aus der Anhebung der Renten in der DDR erwachsen“. Steuererhöhungen werden von den Instituten jedoch ausdrücklich abgelehnt: „Auf mittlere Sicht sind Steuererhöhungen wegen des wirtschaftlichen Zusammengehens mit der DDR jedenfalls nicht

erforderlich.“ Im Gegenteil: Die Reform der Unternehmensbesteuerung halten die Institute für „nach wie vor für dringend“.

Sollten neben wachstumsbedingten Mehreinnahmen des Staates weitere finanzielle Mittel erforderlich sein, plädieren die Sachverständigen für die Umschichtung von Ausgaben im Bundeshaushalt, hier wird insbesondere an die Verringerung der Verteidigungsausgaben und eine Kürzung von Subventionen gedacht. Schließlich: „Vor diesem Hintergrund ist auch eine vorübergehende Erhöhung der staatlichen Nettoneuverschuldung als unbedenklich anzusehen. Sie stellt eine Vorfinanzierung künftig erhöhter Einnahmen dar.“

Auch von der Entwicklung in der DDR losgelöst gesehen, stellen die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung gute Noten aus. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befinde sich in einer insgesamt günstigen Ausgangslage. „Der Wachstumsprozeß ist stärker als in den ersten Jahren der nun siebenjährigen Aufwärtsentwicklung. Trotz hoher Auslastung der Kapazitäten ist es bisher nicht zu nennenswerten Spannungen gekommen; der Kosten- und Preisanstieg ist mäßig. Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich beträchtlich verbessert.“

Arbeitslosigkeit sinkt

Die Beschäftigungsdynamik ist so groß wie lange nicht mehr, die Arbeitslosigkeit sinkt trotz des Zustroms von Aus- und Übersiedlern. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist weit fortgeschritten, und mit der Einkommensteuerreform sind die Wachstumsbedingungen weiter verbessert worden.“

Die Exportbedingungen werden nach Einschätzung der Experten auch in diesem Jahr günstig bleiben, die deutschen Ausfuhren haben auch mit einem Zuwachs von 7,5 Prozent ein hohes Niveau. Der private Verbrauch wird — laut Gutachten — im laufenden Jahr beschleunigt zunehmen, das Plus wird auf vier Prozent veranschlagt. „Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere die umfangreichen Entlastungen durch die dritte Stufe der Einkommensteuerreform 1986/90, die verstärkte Expansion der Löhne und Gehälter und zusätzliche Sozialleistungen auch im Zusammenhang mit den Aus- und Übersiedlern.“

Investitionsklima günstig

Angesichts der günstigen Absatz- und Gewinnaussichten wird auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen lebhaft bleiben. „Bedeutsam für die Investitionsneigung in diesem Jahr werden die stark aufwärts gerichtete inländische Nachfrage, die Vorbereitungen auf den EG-Binnenmarkt 1993 und der sich abzeichnende Strukturwandel in den mittel- und osteuropäischen Ländern, vor allem in der DDR nach der Wirtschafts- und Währungsunion, sein.“ Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahresdurchschnitt um acht Prozent steigen.

Auch der Wohnungsbau profitiert von den kräftig expandierenden Realeinkommen (4,5 Prozent in 1990). Die Dynamik im Wohnungsbau wird groß bleiben: „Dafür sprechen das anhaltend günstige Investitionsklima und der Bedarf an bauintensiven Erweiterungsinvestitionen.“ Die Wirtschaftsforscher rechnen mit einem Plus von fünf Prozent bei den realen Bauinvestitionen.

Bei der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung wird der zusätzliche Bedarf

an Arbeitskräften noch größer sein als im vergangenen Jahr — so die Prognose der fünf Institute. 1990 wird es nach 375.000 im letzten Jahr nun rund 450.000 zusätzliche Arbeitsplätze geben. Damit werden Ende 1990 etwa 28,2 Millionen Menschen einer wirtschaftlichen Betätigung nachgehen — eine Rekordzahl. Die Arbeitslosigkeit wird 1990 um rund 90.000 auf unter 2 Millionen zurückgehen. Und dies, obwohl durch die Zuwanderungen aus der DDR und aus Osteuropa immer noch mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt strömen.

Auch die Finanzminister der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten, der sogenannten G-7, haben bei ihrem Treffen in Paris unlängst einvernehmlich erklärt, eine deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion könne „das weltweite Wachstum verbessern und die Handelsungleichgewichte in Europa verringern“.

Dies zeigt: Die Bundesregierung ist mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem richtigen Kurs. Das Gutachten ist eine eindrucksvolle Bestätigung dieser Politik. ■

Personalie

Bundeskanzler Helmut Kohl hat das Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, **Hans Tietmeyer**, zu seinem persönlichen Berater für die Verhandlungen mit der DDR über die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft gemacht. Tietmeyers Aufgaben bei der Bundesbank werden für diese Zeit ruhen. Der frühere Bonner Finanz-Staatssekretär war erst kürzlich von seiner langjährigen Tätigkeit nach Frankfurt gewechselt.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Keine Steuererhöhungen für die Anschubfinanzierung in der DDR

Vor der deutschen Wirtschaft liegen „große Chancen für Investitionen in die Zukunft“. Anlässlich des Festaktes zum 125jährigen Bestehen der BASF wies Bundeskanzler Helmut Kohl in Ludwigshafen auf die günstigen Bedingungen für die deutsche Industrie hin, jetzt neue Märkte zu erschließen.

Deutschland werde Brücke zu den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas sein. „Dadurch werden gerade auch hier Arbeitsplätze und Einkommen sicherer.“ Zugleich sei das Engagement privater Investoren in den Reformländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas und vor allem in der DDR wichtig, um diese Länder aus ihrer ökonomischen Isolation zu befreien und in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Der Bundeskanzler betonte, auf dem Weg zur deutschen Einheit seien Kleinmut und Pessimismus unangebracht. Vielmehr gehe es heute wie damals 1948 bei der Wirtschafts- und Währungsreform Ludwig Erhards darum, mit unternehmerischer Initiative und Leistungswillen die sich bietenden Chancen zu nutzen. Die Bundesregierung werde dafür sehr bald zusammen mit der neuen DDR-Regierung alle notwendigen Entscheidungen für die Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft treffen.

Angesichts der glänzenden Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland schloß der Bundeskanzler Steuererhöhungen zur Finanzierung der notwendigen Anschubhilfen für Sozialversicherung und Infrastruktur in der DDR ebenso aus, wie eine

Finanzierung der „Einheit mit der inflationistischen Notenpresse“.

An die chemische Industrie gewandt, hob der Bundeskanzler die Investitions- und Innovationsstärke dieser Branche hervor. Erfolge der Chemie hätten den Lebensstandard der Bürger erhöht und große Fortschritte in der Krankheitsbekämpfung möglich gemacht. Heute eröffne die Gentechnik ganz neue Perspektiven für die Zukunft. Hier müsse aber „Machbares mit dem ethisch Verantwortbaren in Einklang“ gehalten werden, sagte der Bundeskanzler. Der vom Bundestag

Helmut Kohl: Auf dem Weg zur deutschen Einheit sind Kleinmut und Pessimismus unangebracht.

bereits verabschiedete Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Gentechnik werde die nötige Rechtssicherheit für Investoren und Bürger schaffen.

Der Bundeskanzler würdigte zugleich die gemeinsamen Anstrengungen von Staat und Wirtschaft beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Umweltschutz fange zu allererst zu Hause an, aber ebenso dringlich sei eine „enge internationale Umweltpartnerschaft“. Hier könnten weltweit tätige Unternehmen wie die BASF eine wichtige Funktion übernehmen, indem sie etwa überall auf der Welt Maßstäbe für umweltverträgliche Produkte und Verfahren setzten.

Norbert Blüm:

Die sozialen Netze müssen langsam verknüpft werden

Deutschland wird wieder eine Einheit – politisch, wirtschaftlich, sozial. Die Bundesregierung hat eine Wirtschafts- und Währungsunion bei den Teilen Deutschlands vorgeschlagen. Dazu gehört unabdingbar auch die soziale Flankierung mit der Entwicklung hin zu einer sozialen Einheit: Sozialstaat Deutschland.

Die zukünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung für das geeinte Deutschland ist die soziale Marktwirtschaft.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit bedingen einander. Sozialer Friede ist unverzichtbare Rahmenbedingung für wirtschaftlichen Erfolg.

Wichtige Bausteine, die in der DDR für die neue Ordnung gesetzt werden müssen, sind:

- Sozialpartnerschaft von unabhängigen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die in Tarifautonomie Löhne und Arbeitsbedingungen autonom festlegen und das System der leistungsfeindlichen und ineffizienten Lohnfestsetzung durch den Staat ablösen;

- Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsorganen von Unternehmen und die Mitwirkung von freigestellten Betriebsräten an betrieblichen Entscheidungen;

- Einführung eines umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Arbeitnehmer;

- Aufbau einer Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit mit unabhängigen Berufs- und ehrenamtlichen Richtern;

- eine gegliederte und finanziell eigenständige Sozialversicherung mit unabhängiger Selbstverwaltung.

Zunächst müssen die drängendsten sozialen Probleme gelöst werden, damit die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunft sehen. Dazu gehört, die Kaufkraft der Löhne und Renten zu sichern, Arbeitslosen einen angemessenen Ausgleich sowie berufliche Qualifikation zu geben, die Fürsorge durch ein System der Sozialhilfe zur Sicherung der Existenz zu ersetzen.

Wir bieten hier konkrete finanzielle, personelle und technische Hilfen und eine Anschubfinanzierung für die neu zu gestaltenden sozialen Sicherungssysteme, insbesondere Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Außerdem gilt es, die zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in der DDR bereits in Angriff genommene Hilfe zu intensivieren; wir haben bereits Mittel für moderne Geräte und Ausstattung von über 300 Millionen Mark im Nachtragshaushalt 1990 bereitgestellt.

Zu den drängendsten Aufgaben gehört der Aufbau einer Arbeitslosenversicherung und Arbeitsverwaltung in der DDR. Wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der DDR und der überdimensionierten Verwaltungs- und Kontrollapparate der DDR ist mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Ohne soziale Gestaltung und Flankierung des Anpassungsprozesses in der DDR entsteht durch Arbeitslosigkeit ein neuer, massiver Übersiedlungsdruck. Der schnelle Aufbau einer Arbeitslosenversicherung in der DDR liegt deshalb im Interesse beider deutscher Staaten.

Drei Schritte dazu sind notwendig:

1. Schritt:

Schaffung einer finanziellen Sicherung bei Arbeitslosigkeit. Diesen Schritt hat die DDR bereits mit der „Verordnung über die Gewährung staatlicher Unterstützung und Ausgleichszahlung an Bürger während der Zeit der Arbeitsvermittlung“ getan.

2. Schritt:

Schaffung eines dem AFG angenäherten „präventiven“ Leistungssystems. Grundsatz: Arbeit geht vor Leistung bei Arbeitslosigkeit. Notwendig ist:

1. eine DDR-weite Arbeitsvermittlung
2. Aufbau eines Förderungssystems der beruflichen Fortbildung und Umschulung
3. Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
4. eine Kurzarbeitergeldregelung.

Über die konkreten ersten Schritte und Hilfen zum Aufbau einer Arbeitsverwaltung verhandeln wir mit der DDR. Wir haben hier enge Kooperation, institutionelle und personelle Unterstützung und Finanzierungshilfen angeboten.

3. Schritt:

(zeitgleich mit dem zweiten Schritt) Einführung eines Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Die Einziehung der Beiträge könnte — wie in der Bundesrepublik Deutschland — organisatorisch mit

der Einziehung der übrigen „Sozialbeiträge“ verknüpft werden.

Die Übernahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und der präventiven Leistungen durch die Arbeitslosenversicherung setzt eine Starthilfe voraus, die von der Bundesrepublik Deutschland übernommen werden könnte. Über die Höhe der Starthilfe muß verhandelt werden.

Leitgedanke für die neu zu schaffenden gesetzlichen Regelungen sollte sein, daß ein einheitlicher deutscher Staat eine einheitliche Arbeitslosenversicherung voraussetzt, das heißt, daß beide Arbeitslosenversicherungen eines Tages zusammengeführt werden.

Anzugleichen sind vor allem die heute sehr unterschiedlichen Rentensysteme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR.

Folgende Überlegungen könnten Basis für einen Konsens sein:

■ Die laufenden Renten in der DDR werden in dem selben Verhältnis wie die Arbeitsverdienste auf DM umgestellt.

■ Die so umgestellten Renten werden zur sozialen Abfederung des zu erwartenden Preisauftriebs und zur Stärkung der Bereitschaft der Rentner, in der DDR zu bleiben, angehoben. Richtschnur für diese Erhöhung ist bei einem Rentner mit 45 Versicherungsjahren ein Rentenniveau von 70 Prozent des Nettoarbeitsverdienstes eines vergleichbaren Aktiven in der DDR. Die so erhöhten Renten werden an die Entwicklung der verfügbaren Arbeitnehmerverdienste angebunden.

■ Die Beitragsbemessungsgrenze und andere rentenrechtliche Werte sind unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse in der DDR anzuheben. Eine gegebenenfalls notwendige Anschubfinanzierung durch den Bund wird also

Deutsche Einigung nach Art. 23 GG auch im europäischen Interesse

„Im europäischen Interesse kann die Einheit Deutschlands nur nach Artikel 23 des Grundgesetzes erfolgen. Eine neue deutsche Verfassung nach Artikel 146 würde Unsicherheit unter den EG-Partnern verursachen und schwere wirtschaftliche Schäden für ein wiedervereinigtes Deutschland zur Folge haben.“ Dies erklärte Prof. Günter Rinsche, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, für die 32 deutschen Christdemo-

kraten. Die europäischen Abgeordneten befürchten, daß bei einer Wiedervereinigung nach Artikel 146 eine neue deutsche Verfassung entstehen könnte, die weniger EG-integrationsfreundlich sei als das

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Zudem würde dieser Weg neue und langwierige Beitrittsverhandlungen zwischen der EG und einem vereinten Deutschland notwendig machen.

Dagegen werde in der Präambel und in den Artikeln 24 und 25 des Grundgesetzes die existenzielle Bedeutung der europäischen Einigung ausdrücklich hervorgehoben. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament fragt sich besorgt, ob eine neue deutsche Verfassung nicht doch einem „deutschen Sonderweg“ Vorrang einräumen könnte. Andererseits würde eine über Artikel 23 herbeigeführte deutsche Wiedervereinigung „das Vertrauen und die Verlässlichkeit“ des Partners Bundesrepublik Deutschland in der EG festigen.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)
von vornherein zeitlich befristet und degressiv gestaltet.

■ Künftige Übersiedler aus der DDR, die in die Bundesrepublik kommen, und Personen, die ihren Wohnsitz von der Bundesrepublik in die DDR verlegen, erhalten eine nach den Rechtsvorschriften ihres Herkunftsgebietes berechnete Rente.

Mittelfristig erfolgt eine Angleichung des Rentenversicherungssystems der DDR an das auf den Grundsätzen der Lohn- und Beitragsbezogenheit beruhende Rentenversicherungssystem der Bundesrepublik. Die Angleichung betrifft das Leistungs- und das Finanzierungsrecht.

■ Für die Feststellung der Renten-

werte sind die individuellen Arbeitsentgelte im Verhältnis zu den DDR-Durchschnittsarbeitsentgelten maßgeblich;

■ Anpassung der Rentenanwartschaften und der Bestandsrenten erfolgen entsprechend der Entwicklung der verfügbaren Arbeitsentgelte;

■ durch Anhebung des Rentenniveaus und Anpassung der Renten wird sichergestellt, daß sich die Stellung der Rentner im Einkommensgefüge verbessert und sie an der Einkommensentwicklung voll teilhaben.

■ Das Beitragsrecht wird angepaßt, insbesondere ist eine stufenweise Erhöhung des Beitragssatzes in der DDR auf die Höhe des Beitragssatzes in der Bundesrepublik nötig. ■

Steuerliche Erleichterungen bei Investitionen in der DDR

Das Bundeskabinett hat in der letzten Woche den von Bundesfinanzminister Theo Waigel vorgelegten Gesetzentwurf für steuerliche Erleichterungen bei Investitionen in der DDR beschlossen.

Nach dem Gesetzentwurf sollen Investitionen in Kapitalgesellschaften und Betriebsstätten in der Deutschen Demokratischen Republik steuerlich erleichtert werden. Bei Investitionen in Kapitalgesellschaften sind zwei Maßnahmen vorgesehen:

- Bei Überführung von Wirtschaftsgütern aus einem inländischen Betrieb in eine Kapitalgesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik brauchen stille Reserven nicht bereits im Zeitpunkt der Überführung aufgedeckt zu werden (Bildung einer steuerfreien Rücklage).
- Anlaufverluste von Tochtergesellschaften (mindestens 10 v. H. Beteiligung) in der Deutschen Demokratischen Republik können bei der inländischen Besteuerung

im Zeitpunkt ihrer Entstehung durch Bildung einer steuerfreien Rücklage berücksichtigt werden.

Bei Investitionen in Betriebsstätten können Verluste bei der (bundes-)deutschen Besteuerung berücksichtigt werden. Die Besteuerung wird damit an die Rechtslage bei Verlusten aus Betriebsstätten in Staaten, mit denen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bestehen, angeglichen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Aufbau einer leistungskräftigen Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik im wesentlichen durch den Zufluß von privatem Kapital zu finanzieren ist. Soweit steuerliche Regelungen den erforderlichen Kapitalfluß aus der Bundesrepublik Deutschland hemmen, soll dem durch Verwaltungsmaßnahmen und, soweit erforderlich, durch Gesetzesänderungen oder Gesetzesergänzungen entgegengewirkt werden. Der vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf dient diesem Ziel.

Wohnungsbauprogramm ausgeschöpft

Die von der Bundesregierung vorgesehene, im Entwurf des Nachtragshaushalts 1990 enthaltene Aufstockung des Kreditvolumens des Wohnungsbauprogrammes der Kreditanstalt für Wiederaufbau von 1,5 auf 2,5 Milliarden Mark ist bereits heute ausgeschöpft. Ursprünglich sollte das Programm in drei Jahresraten bis 1992 eingesetzt werden.

Gratulation zu den großen Wahlerfolgen

Zu ihrem Wahlerfolg hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, den beiden Wahlsiegern bei den Parlamentswahlen in Griechenland und in Ungarn gratuliert. Dem Vorsitzenden der Nea Demokratia, Konstantin Mitsotakis, und dem Präsidenten des Ungarischen Demokratischen Forums, Jozsef Antall, übermittelte er seine herzlichen Glückwünsche.

Reprivatisierung enteigneter DDR-Betriebe – die Frist läuft

Ehemalige Gesellschafter und Inhaber von Betrieben in der DDR, die seit 1972 enteignet und in Volkseigentum übergeben wurden, können jetzt beim zuständigen Rat des DDR-Bezirksspätstens bis zum 16. September 1990 einen Antrag auf Rückübereignung stellen.

Das neue Gesetz der DDR über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligungen, das am 7. März dieses Jahres beschlossen und im DDR-Gesetzblatt I Nr. 17 vom 16. dieses Monats auf Seite 141 veröffentlicht wurde, sieht in Paragraph 17 vor, entsprechende Betriebe an die ehemaligen Eigentümer oder deren Erben zurückzugeben. Dabei können volkseigene Betriebe in Personengesellschaften oder Einzelunternehmen sowie auch in Kapitalgesellschaften umgewandelt werden.

Bei einer Umwandlung muß der Ablösbetrag für die früheren Kapitalein-

lagen zurückgezahlt bzw. der Kaufpreis zurückerstattet werden. Hat sich der Wert des Betriebes in der Zwischenzeit erhöht, so ist diese Erhöhung als staatliche Einlage oder Forderung auszuweisen. Bei einer Wertminderung besteht ein Anspruch auf staatliche Förderung. Besteht der damals enteignete Betrieb heute nicht mehr, so muß den Antragsberechtigten ein anderer Betrieb bzw. die Beteiligung an einem volkseigenen Betrieb angeboten werden.

Praktische Erfahrungen mit der Handhabung dieses Gesetzes liegen noch nicht vor. Es ist daher zweckmäßig, in diesem Zusammenhang auftretende Fragen direkt an den zuständigen Rat des DDR-Bezirksspätstens zu richten.

Die neuen Bestimmungen gelten nicht für Betriebe, die vor 1972 in Volkseigentum überführt worden sind. Die Bundesregierung würde es allerdings begrüßen, wenn auch für diese Betriebe ein vergleichbares Verfahren geschaffen würde. ■

Jeder fünfte Bäckerlehrling ist eine Frau

Die Frauen haben eine weitere Männerdomäne erobert: Jeder fünfte Bäckerlehrling in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Frau. Das ergab die jüngste Untersuchung des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks vom März 1990.

Unter den 23.000 Bäckerlehrlingen waren 1989 20 Prozent Frauen, vor fünf Jahren waren es nur knapp 11 Prozent. „Eine erfreuliche Entwicklung“, meinte dazu der Präsident des

deutschen Bäckerhandwerks, Hans Baum, „das zeigt, daß der Bäckerberuf auch für Frauen attraktiv ist, weil er abwechslungsreich ist und gute Zukunftsperspektiven bietet.“

Von allen Auszubildenden im Bäckerhandwerk sind die jungen Frauen bereits in der Mehrheit: Von den 40.000 Lehrlingen sind 21.600 weiblich. Dazu zählen auch die 17.000 Bäckerei-Fachverkäuferinnen, die heute bei der Vielfalt an Brot- und Backwaren mehr denn je beratend tätig sind.

PDS-Abgeordnete müssen Stasi-Vergangenheit offenlegen

Zu den Äußerungen des ehemaligen DDR-Ministerpräsidenten Modrow in der jüngsten Ausgabe des „Stern“ zur Aufarbeitung der möglichen Stasi-Vergangenheit von Volkskammer-Abgeordneten erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Der PDS-Abgeordnete und ehemalige Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, schlägt vor, „genau“ zu differenzieren, „bei dem einzelnen Abgeordneten“ zu bleiben und „das Parlament in seiner Gesamtheit von Verdächtigungen“ freizuhalten. Diese Empfehlung gibt Anlaß, das Augenmerk zunächst auf die PDS-Abgeordneten der neuen Volkskammer zu richten.

Stasi im Auftrag der Partei

In der neuen PDS-Fraktion gibt es Mitglieder, die früher hohe Funktionen in der SED inne gehabt haben. Als solche gehörten sie zu den Auftraggebern des Staatssicherheitsdienstes (Stasi). Denn: Die Staatssicherheit arbeitete im Auftrag der Partei.

So lautete das Gelöbnis der Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes:

„Wir Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit sind jederzeit bereit, alle Aufträge von Partei und Regierung bedingungslos und mit schöpferischer Initiative in Ehren zu erfüllen.“

Der ehemalige Stasi-Minister Mielke hat zu diesem Unterordnungsverhältnis festgestellt:

„Von Anbeginn organisiert das Ministerium für Staatssicherheit seine Arbeit

unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“

Oder eine andere Treuebekundung von Mielke:

„Die Angehörigen des MfS haben sich stets bemüht, jeden Auftrag der marxistisch-leninistischen Partei gewissenhaft zu erfüllen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei im MfS.“

Dies heißt im Klartext: Alle Mitglieder des Zentralkomitees der SED waren direkt und indirekt Auftraggeber der Staatssicherheit. Zu ihnen gehören als neue Volkskammermitglieder:

- **Hans Modrow**, 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, seit 1967 Mitglied des Zentralkomitees der SED.
- **Hans Joachim Willerding**, seit 1986 Kandidat des Zentralkomitees der SED.
- **Bernd Meier**, 1979-1985 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Frankfurt (Oder) und später Parteiorganisator des Zentralkomitees der SED.

Die Aktenberge des Stasi

Diese Volkskammerabgeordneten tragen Mitverantwortung für den menschenverachtenden Spitzelstaat in der DDR. Dessen Hinterlassenschaft, die Aktenberge des Stasi, können jetzt auch noch Schicksale beeinflussen und Lebensperspektiven zerstören.

Wir fordern deshalb die PDS-Abgeordneten — allen voran die Herren Modrow, Willerding und Meier — auf, als erste ihr Verhältnis zum ehemaligen Stasi unverzüglich offenzulegen.

Arbeitsmarkt:

Selbst optimistische Erwartungen sind noch übertroffen worden

Die Arbeitslosigkeit ist im März wie schon im Februar zurückgegangen, und zwar noch stärker als im Vorjahr. Die Zuwanderung von 112.000 Aus- und Übersiedlern im Januar 1990 ist dabei sogar in der Arbeitslosenstatistik im wesentlichen erst im März durchgeschlagen, weil den Neubürgern seit Jahresbeginn eine Eingliederungszeit von zwei Monaten zugebilligt wird. Sie erhalten in dieser Zeit Eingliederungsgeld, müssen aber nicht der Vermittlung zur Verfügung stehen und werden dann auch nicht als Arbeitslose gezählt.

Die Neuregelung wird auch die Arbeitsmarktstatistik für April beeinflussen; dann schlagen bei der Zahl der registrierten Arbeitslosen die 98.000 im Februar zugewanderten Aus- und Übersiedler durch. Damit verringert sich auch im April wie schon im März der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem eigentlich aufgrund der guten Beschäftigungsentwicklung zu erwartenden Ausmaß.

Hohes Wirtschaftswachstum

Die Aus- und Übersiedler haben aber erheblich dazu beigetragen, daß viele offene Stellen schneller besetzt werden konnten. Ohne die Leistungskraft der Aus- und Übersiedler gäbe es kaum die erfreuliche Perspektive, daß für 1990 — wie auch bereits in 1989 — mit einem außergewöhnlich hohen Wirtschaftswachstum gerechnet werden kann. Es gab

im März 1990 bei Aus- und Übersiedlern zusammen über 21.500 Arbeitsvermittlungen und wahrscheinlich außergewöhnlich viele Arbeitsaufnahmen ohne Einschaltung der Arbeitsämter. Erfreulicherweise ist die Zahl der arbeitslosen Aus- und Übersiedler gegenüber dem Vormonat trotz starker Zuwanderung um über 11.000 zurückgegangen.

Hohe Zahl offener Stellen

Die gute Wirtschaftskonjunktur, hohe Zahlen offener Stellen und Arbeitsvermittlungen und der in Abweichung von den Vorjahren festzustellende kräftige Anstieg der Erwerbstätigenzahlen bereits im Februar bestätigen, daß vor allem die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage derzeit nicht nur außergewöhnlich gut ist, sondern sich in den nächsten Monaten sogar noch weiter verbessern wird. Die jetzt festzustellende Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen innerhalb eines Jahres um über 500.000 bricht alle Rekorde der letzten Jahre.

Horst Günther, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Es ist ein außergewöhnlicher gemeinsamer Erfolg der Politik der christlich-liberalen Koalition, der Wirtschaft und der Sozialpartner, daß die Zahl der Arbeitslosen und erst recht die Arbeitslosenquote wesentlich niedriger liegen als ein Jahr zuvor, obwohl es 167.000 mehr arbeitslose Aus- und Übersiedler gibt. Selbst die optimistischen Erwartungen zurückliegender Monate sind übertroffen worden. ■

Größere Chancengerechtigkeit durch verbessertes BAföG

Mit der 12. BAföG-Novelle wird die Studienförderung den veränderten Studienbedingungen und Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland angepaßt.

● Mit der Erhöhung der relativen Elternfreibeträge werden die Einkommensgrenzen, bis zu denen BAföG gezahlt wird, für die Bezieher mittlerer Einkommen erheblich ausgeweitet. Dadurch kommen rund 70.000 Studenten zusätzlich in die Förderung, während 160.000 Studenten höhere Förderbeträge erhalten.

● Viele Studenten, denen es heute ohne eigenes Verschulden nicht gelingt, ihr Studium innerhalb der Förderungshöchstdauer abzuschließen, können nun aufatmen: Mit der Einführung einer zweisemestrigen Studienabschlußförderung wird die Förderungshöchstdauer für Studenten in der Examensphase verlängert. Durch das Wegfallen des „Jobben-müssens“ während dieser Zeit wird mit der Studienabschlußförderung ein wichtiger Beitrag zur Studienverkürzung geleistet.

● BAföG wird künftig nicht mehr als Vollardarlehen, sondern zu 50 Prozent als Zuschuß und zu 50 Prozent als Darlehen gewährt. Damit verringern sich die Rückzahlungsbelastungen für Hochschulabsolventen spürbar.

● Die Förderungsdauer kann in Zukunft auch für diejenigen verlängert werden, die die Höchstdauer infolge der Betreuung und Pflege eines Kindes bis zu fünf Jahren überschritten haben. Die CDU/CSU sieht in dieser Verbesserung eine elementare kinderfreundliche Komponente des BAföG und einen wirksamen Schutz des ungeborenen Lebens. Schwan-

gerschaft stellt in Zukunft keine Gefährdung der Studienfinanzierung mehr dar.

Alois Graf von Waldburg-Zeil, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Das neue BAföG führt bei Bund und Ländern zu Mehrausgaben von 650 Mio. DM. Dazu gehört auch, daß die Bedarfssätze zum Herbst 1990 in der von der Koalition gewohnten Regelmäßigkeit um 3 Prozent angehoben werden. Einschließlich aller Zuschläge steigt damit der Förderungshöchstsatz von 845 DM auf 890 DM monatlich.

Neue BAföG-Sätze für Schüler und Studierende aus der DDR

Nach der Öffnung der Grenzen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR können Schüler und Studierende mit Wohnsitz in der DDR oder Berlin (Ost) Ausbildungsstätten in der Bundesrepublik Deutschland besuchen. Das bedeutet nach dem geltenden Bundesausbildungsgesetz (BAföG) regelmäßig auch einen Anspruch auf Leistungen nach dem BAföG. Angesichts der zum Teil erheblichen Unterschiede in den Lebenshaltungskosten, insbesondere in den für Studenten wichtigen Bereichen, ist für solche Auszubildende, die als „Pendler“ eine Ausbildungsstätte im Geltungsbereich des BAföG besuchen, eine Anpassung der Bedarfssätze im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz notwendig.

Die Bundesregierung hat daher in der Kabinettsitzung am 28. März 1990 eine entsprechende Verordnung beschlossen. Für sogenannte „Bildungspendler“ aus

KPV der Ost-CDU gegründet

Am 4. April 1990 fand in der Geschäftsstelle des CDU-Parteivorstandes in der Ost-Berliner Charlottenstraße die Gründungsversammlung der KPV der Ost-CDU mit rund 100 Kommunalpolitikern aus der DDR und Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland statt.

Der Kongreß war Startschuß für die weitere organisatorische Vorbereitung der Gründung von fünf KPV-Landesvereinigungen in Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Zugleich diente der Kongreß der CDU als Auftaktveranstaltung für den Kommunalwahlkampf.

Mit der Forderung auf dem Sonderparteitag der Ost-CDU Mitte Dezember nach der Bildung eines besonderen Gremiums, das sich mit kommunalpolitischen Fragen beschäftigen sollte, wurde der Grundstein zur Bildung einer Kommunalpolitischen Vereinigung gelegt. Nach Kontakten zur Bundes-KPV von CDU und CSU und mit deren Unterstützung konnte eine Grundsatzerklärung zur künftigen

kommunalen Selbstverwaltung vorbereitet werden, die nun verabschiedet wurde. Es wurde ferner der Arbeitsausschuß gebildet, der die anstehenden Fragen einer demokratischen Kommunalverfassung erörtern und die Vertreter der Volkskammer bei der Vorbereitung entsprechender Gesetze beraten wird. Den Gemeinden in der DDR wird eine Schlüsselrolle beim Ausbau der Demokratie zufallen. Die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung als staatspolitisches Ordnungsprinzip wird die Machtverteilung im Staat, aber auch die Freiheit der Bürger sichern.

Zwischen dem Arbeitsausschuß und Vertretern der Bundes-KPV wurde ein gemeinsames Arbeitsprogramm vereinbart. Dabei geht es vor allem darum, nach den Kommunalwahlen den demokratisch legitimierten Kommunalpolitikern Hilfestellung im Umgang mit der kommunalen Selbstverwaltung zu geben. Außerdem sollen in Zusammenarbeit mit der Bundes-KPV die künftigen KPV-Landesverbände in der DDR zügig gegründet werden.

der DDR und Berlin (Ost) sollen die bisher geltenden Bedarfssätze auf 53 Prozent gesenkt werden. So sieht die Verordnung zum Beispiel für einen nicht mehr im Elternhaus wohnenden Studenten, der in der DDR seine „Studienbude“ hat, aber in West-Berlin studiert, einen von 750 DM auf 400 DM reduzierten Bedarfssatz vor.

Eine solche Senkung ist angemessen, da diese Bildungspendler in der Bundesrepublik Deutschland Aufwendungen für Ausbildungs-, Fahrt- und einen Teil ihrer Lebenshaltungskosten, vor allem Mietko-

sten, entstehen am Wohnort und werden in Mark der DDR bezahlt.

Eine Änderung der Freibeträge, insbesondere für die Anrechnung des Elterneinkommens, ist nicht vorgesehen. Im Unterschied zu den niedrigen Mietkosten und den günstigen Preisen für Güter des einfachen Lebensbedarfes sind Güter des gehobenen Lebensbedarfes in der DDR deutlich teurer als in der Bundesrepublik. Insgesamt ergibt sich gemessen an den Bedürfnissen der Eltern ein zur Bundesrepublik durchaus vergleichbares Preisniveau.

Grüne im Abseits

Die sogenannten „Realos“ wollten aus den Grünen eine ökologisch orientierte Reformpartei machen. Sie sind kläglich gescheitert. Die Delegiertenversammlung der Grünen verabschiedete ein Programm zur Bundestagswahl, das eindeutig die Handschrift des linken Flügels trägt.

Die Grünen befinden sich in der schwersten Krise ihres zehnjährigen Bestehens. Der Verlauf des Parteitages zeigte, daß die Partei faktisch gespalten ist. Wann es zu einem endgültigen Bruch kommt, scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. In den Worten von Antje Zellmer: „Die Grünen müssen sich entscheiden, ob sie linkes Projekt oder ökologische Partei sein wollen. Beides geht nicht mehr.“

Auf dem Parteitag in Hagen jedenfalls haben sich die Kräfte durchgesetzt, die ihr Heil in einem grünen Sozialismus suchen. Das zeigt auch die Unfähigkeit der Grünen, sich eindeutig von der SED-Nachfolgerin PDS zu distanzieren. Zwar werden formale Bündnisse derzeit abgelehnt, doch ermöglicht der Beschluß der Delegierten eine Zusammenarbeit in Sachfragen und auch eine künftige Intensivierung der Kontakte: „Die Hintertür für eine Zusammenarbeit ist offen geblieben“, so Vorstandssprecherin Hammerbacher. Werden die Grünen also bald Durchlauferhitzer für die PDS?

Das Bundestagswahlprogramm der Grünen macht deutlich, daß sie in vielen Punkten den Konsens der demokratischen Parteien verlassen, die Soziale Marktwirtschaft kippen wollen und Forderungen aufstellen, die den Interessen unseres Landes schaden. Kostproben aus dem Programm:

- „Gerade weil wir prinzipiell gegen

Gewalt sind, lassen wir uns die staatliche Gewaltdefinition nicht aufzwingen.“

- Die Grünen fordern „eine Verteidigung und Ausweitung staatsfreier Spielräume“ ... „von der Öko-Landkommune bis zur Hamburger Hafenstraße“.

- „Ein Tempolimit von 100 Stundenkilometern auf Autobahnen, von 80 Stundenkilometern auf Landstraßen, von 30 Stundenkilometern in Stadtgebieten.“

- „Es soll eine Treibstoffabgabe erhoben werden, die in einem Stufenplan ab 1991,

Wahlprogramm mit eindeutig linksradikalen Zügen

beginnend mit 1 DM auf 5 DM pro Liter bis 2000 gesteigert wird.“

- „Kurzstreckenflüge unter 800 km sind zu verbieten.“

- „Geheimdienste und Verfassungsschutz müssen ohne Wenn und Aber aufgelöst werden.“

- Grüne fordern die „Entkriminalisierung von gewaltlosen Bagatelldelikten und des Drogenkonsums“.

- „Wir wollen demokratische Entscheidungsprozesse über das Was und Wie der Produktion anstelle des sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmungsmodells.“

- Die Grünen wollen raus aus der NATO: „Ziel muß eine Auflösung der Militärbündnisse und die völlige Entmilitarisierung Europas sein.“

Eine Verwirklichung der Vorstellungen der Grünen würde in unserem Land den sozialen Frieden zerstören und die Bundesrepublik international isolieren. Die Delegiertenversammlung der Grünen in Hagen hat deutlich gezeigt: Die Grünen wollen eine andere Republik. Jutta Dittfurth formulierte es so: „Ökologische Politik muß anti-kapitalistische Politik sein.“ Und das ist sozialistische Politik!

Auch 1990 wird ein gutes Jahr für die Städte und Gemeinden

Zu den jetzt vorliegenden Abrechnungsergebnissen der Städte, Gemeinden und Kreise für 1989 erklärte Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt:

Die Gemeindefinanzen haben sich im Jahre 1989 außerordentlich positiv entwickelt. Die Haushalte der Städte, Gemeinden und Kreise haben insgesamt mit einem Rekordfinanzierungsüberschuß von rund 2,2 Mrd. DM abgeschlossen.

Nach 1984, 1985 und 1988, in denen die Kommunen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland positive Finanzierungssaldi aufwiesen, ist damit im Jahre 1989 mit Abstand das beste Haushaltsergebnis und bereits zum vierten Mal ein Überschuß erzielt worden. Prognosen, die für 1989 bereits einen Finanzierungsüberschuß in den Kommunalhaushalten von 500 Mio. DM erwarteten, wurden damit um ein Vielfaches übertroffen. Zu diesem Aufschwung hat die erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung entscheidend beigetragen.

Die Kommunen profitierten von dieser Entwicklung vor allem bei den Steuereinnahmen. Mit 7 v. H. haben die Steuerzuwächse wesentlich zu dem guten Haushaltsergebnis beigetragen.

Im einzelnen ergibt sich für 1989 folgendes Bild:

- Die Steuereinnahmen der Gemeinden stiegen von 1988 auf 1989 um 4,5 Mrd. DM auf 68,2 Mrd. DM, das ist ein Zuwachs von 7 v. H.
- Allein der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist um 2,3 Mrd. oder

8,6 v. H. gestiegen. Dies kommt u. a. durch den Zuwachs an Beschäftigten.

Auch die Zahlungen von Bund, Ländern, ERP-Mitteln und Lastenausgleichsfonds haben um 1,7 Mrd. DM auf 38,2 Mrd. DM zugenommen.

- Bei den Ausgaben ist der weitere Anstieg der Sachinvestitionen auf 36,8 Mrd. DM erfreulich. Der Zuwachs beläuft sich auf 1,7 Mrd. DM.

- Die Bauinvestitionen der Kommunen betragen 1989 28,6 Mrd. DM, das sind 1,6 Mrd. DM oder 6,1 Prozent mehr als 1988.

Weniger Unternehmen insolvent

Die gute Konjunktur hat dazu beigetragen, daß die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im letzten Jahr abermals zurückgegangen ist. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, hat die Zahl der Konkurse und Vergleiche im vergangenen Jahr um 9,2 Prozent auf 9590 abgenommen. Dies ist der niedrigste Stand seit 1981.

- Sehr beachtlich ist der Zuwachs um 14,3 Prozent beim Anlagevermögen auf 8,3 Mrd. DM gegenüber 7,2 Mrd. DM 1988.

- Die Ausgaben für Personal stiegen um 1,9 Prozent auf 46,2 Mrd. DM, die Ausgaben für soziale Leistungen erneut um 7,6 Prozent auf 29,4 Mrd. DM.

Auch 1990 wird ein gutes Jahr für die Kommunen. Das anhaltende Wirtschaftswachstum ist die beste Initiative für die kommunalen Kassen! ■

Gentechnikgesetz

Mehr Schutz für Leben und Gesundheit von Mensch und Tier

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Verabschiedung des Gentechnikgesetzes. Der mit der Beratung beauftragte Unterausschuß „Gentechnikgesetz“ — so der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinz Seesing — hat dem Bundestag eine Fassung vorgelegt, die folgende Ziele hat:

- Leben und Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und die sonstige Umwelt und Sachgüter vor möglichen Gefahren gentechnischer Verfahren und Produkte zu schützen und
- den rechtlichen Rahmen für die Erforschung, Entwicklung, Nutzung und Förderung der wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten der Gentechnik zu schaffen.

Schon früh haben sich CDU und CSU den Forderungen der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ angeschlossen, die rechtlichen Fragen der Gentechnik in einem Gesetz zu regeln. Dabei wurde allerdings von deren Vorschlag, das in einer Erweiterung des Bundesseuchengesetzes zu einem „Gesetz über die Biologische Sicherheit“ zu tun, Abstand genommen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 12. Juli 1989 ging von den Zuständigkeiten aus, die vom Bund verfassungsrechtlich in Anspruch genommen werden können. Dabei hätte sich allerdings ergeben, daß bei der Errichtung und bei dem Betrieb einer gentechnischen Anlage mehrere Genehmigungsverfahren hätten angestrengt werden müssen. Deswegen

entspricht der auf Vorschlag der Bundesländer eingeschlagene Weg voll und ganz den Vorstellungen von CDU und CSU.

Die Union begrüßt besonders

- die Zuständigkeit der Bundesländer für die Genehmigung der gentechnischen Anlagen und Arbeiten;
- die Zuständigkeit des Bundesgesundheitsamtes bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen und beim Inverkehrbringen von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten;
- die weitestgehende Einbindung der EG-Richtlinien in das Gentechnikgesetz;
- die eindeutigen, mit den EG-Richtlinien abgestimmten Begriffsbestimmungen;
- die Unterscheidung zwischen Forschungsanlagen und Produktionsanlagen und die Festlegung, was gentechnische Arbeiten zu Forschungszwecken sind.

Öffentlichkeit als Chance

Besonders wichtig ist, daß das Bundesgesundheitsamt und die Länderbehörden gehalten sind, die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit in einem Genehmigungsverfahren in Anspruch zu nehmen. CDU und CSU begrüßen es, daß vor der Genehmigung gentechnischer Produktionsanlagen in vielen Fällen ein öffentliches Anhörungsverfahren durchzuführen ist. Sie fordern die Industrie auf, gerade diese Öffentlichkeitsbeteiligung als Chance zu betrachten, die

sowohl der Akzeptanz durch die Bürger als auch der rechtlichen Sicherung des betrieblichen Vorhabens dient. Das Gesetz legt einschneidende Fristen im Genehmigungsverfahren fest. Bei der Regelung der Haftungsfragen folgen auch CDU und CSU den Vorschlägen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages. Ein Haftungsausschluß wegen „höherer Gewalt“ ist nicht vorgesehen, dafür aber eine Haftungsgrenze von 160 Millionen Mark. Niemand in der Bundesrepublik Deutschland wird eine Genehmigung für die Durchführung gentechnischer Arbeiten erhalten, der nicht nachweisen kann, daß sein Vorhaben mit dem Gesetz über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffen vom 21. Februar 1983 in Übereinstimmung steht.

Forschungsfreiheit unberührt

CDU und CSU sehen mit diesem Gesetz die Forderungen nach rechtlicher Regelung aller Fragen der Gentechnik in den Bereichen Viren, Mikroorganismen, Pflanzen und Tiere als erfüllt an. Die Freiheit der Forschung wird nicht eingeschränkt. Für die Arbeit in gentechnischen Produktionsanlagen sind feste Rahmenbedingungen gegeben. In einer zeitlich genau überschaubaren Frist sind Genehmigungen zu erteilen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Die Betreiber solcher Anlagen haben es im Grunde selbst in der Hand, wie sich das Genehmigungsverfahren abwickelt. Die gleiche Bewertung gilt auch für Freisetzung und Inverkehrbringen.

CDU und CSU erwarten nun auch ein verstärkte Aufklärung der Bevölkerung. Sie sehen hier eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern, Schulen, Forschung und Industrie. Der Fördergedanke, der im Gentechnikgesetz verankert wird,

Freie Lehrstellen mit Bewerbern aus der DDR besetzen

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe, fordert Industrie und Handwerk in der Bundesrepublik Deutschland auf, freie Ausbildungsplätze mit Lehrlingen aus der DDR zu besetzen, damit diese eine moderne Berufsausbildung absolvieren können, um danach in ihre Heimat zurückzukehren. Er erklärt dazu:

Die Bundesrepublik muß dazu beitragen, daß die Wirtschaft der DDR so schnell wie möglich wettbewerbsfähig wird. Probleme hat die Wirtschaft im anderen Teil Deutschlands nicht nur durch die Überalterung ihrer Betriebe, sondern auch durch Ausbildung an überalterten Maschinen.

Deshalb wäre es mehr als sinnvoll, die nicht besetzten Ausbildungsplätze in der Bundesrepublik mit Azubis aus der DDR zu belegen. Die jungen Auszubildenden würden so ihre Ausbildung an modernen Maschinen erhalten und gleichzeitig das System der Sozialen Marktwirtschaft von der Pike auf kennenlernen. Nach Beendigung der Ausbildung und der Rückkehr in ihre Heimat sind diese Jugendlichen eine unersetzliche Bereicherung bei der dann im Aufbau befindlichen Wirtschaft der DDR.

zwingt geradezu zu der Übernahme einer Verpflichtung. Deutlicher als bisher muß auch werden, was ein Verzicht auf die Gentechnik allgemein oder auf einzelne Arbeiten für die Menschen bedeutet. Auch die Politik muß darüber mehr nachdenken. ■

„Der Countdown läuft“

Noch 1000 Tage bis zum Binnenmarkt

„Der Countdown läuft, die Gemeinschaft muß sich sputen, wenn sie ihre Ziele bis zum 1. Januar 1993 erreichen will“, erklärte der Staatsminister beim Bundeskanzler, Lutz G. Stavenhagen. Der Europäische Binnenmarkt sei zwar noch nicht „fertig“, aber doch längst Realität. Daß auch die deutschen Unternehmen die Herausforderung angenommen hätten, zeigten die massiven Investitionen unserer Wirtschaft. Sie hätten sich — neben der Steuerreform — zu einem tragenden Pfeiler unserer Konjunktur entwickelt.

Entgegen der Meinung mancher „Terminpessimisten“ sei er überzeugt, so Stavenhagen, daß der Binnenmarkt bis 1993 im wesentlichen vollendet sein werde. Zwar seien etwa 40 Prozent der rechtlichen Regelungen noch zu verabschieden. Zeitdruck und Entscheidungen im „Photofinish“ seien — wie allgemein im Leben — auch ein Charakteristikum der Europäischen Gemeinschaft. Was am Ende aber zähle, sei nur das gute Ergebnis.

Durch das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen sei die Arbeit der Gemeinschaft wesentlich effizienter geworden.

Freilich seien auch die Ziele ehrgeiziger geworden. Die Entscheidungen zur Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Weichenstellungen auf dem Wege zur politischen Union stünden wesentlich früher an als man 1986 bei der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte noch angenommen habe. Dies bedeute auch die entscheidende Bewährungsprobe für die Mitgliedsstaaten. „Wir werden bald

sehen, wer wirklich bereit ist, europäisch zu handeln.“

Für die Bundesrepublik stelle die neuere Entwicklung eine große Herausforderung dar. Die Vereinigung Deutschlands, der Aufbau der DDR und die Beschleunigung der europäischen Integration werde die Kräfte von Regierung, Parlament, Unternehmen und Arbeitnehmern bis aufs äußerste anspannen. Eine Atempause werde es für niemanden geben, schon gar nicht im Vorfeld von Bundestags- und gesamtdeutschen Wahlen.

Die Bundesregierung werde sowohl im innerdeutschen Verhältnis als auch in Europa darauf achten, daß die neue Dynamik nicht zu Lasten der Qualität gehe, betonte Stavenhagen. „Wir werden hart daran arbeiten, daß die 90er Jahre das Jahrzehnt Europas werden.“

Rahmenplakate

Für Aktionen und Veranstaltungen der Frauen-Union und der Senioren-Union stehen Rahmenplakate zur Verfügung. Sie können im

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Versmold

bezogen werden, und zwar:

● **das Rahmenplakat der Frauen-Union**
(DIN A1) Bestell-Nr.: 8181

● **das Rahmenplakat der Senioren-Union** (DIN A1) Bestell-Nr.: 8119

für jeweils 25,— DM bei einer Mindestabnahme von 50 Exemplaren. Preise ohne MwSt. inklusive Versand.

Frühling auf dem Arbeitsmarkt

Die Nachricht der Woche kommt aus Nürnberg von der Bundesanstalt für Arbeit:

● Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, im März waren mehr als 165.000 Menschen weniger arbeitslos als ein Jahr zuvor. Und das trotz Übersiedlern aus der DDR.

● Die Beschäftigung steigt immer weiter an: allein im letzten Jahr wurden 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Heinrich Franke, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: „Auf dem Arbeitsmarkt geht es weiter kräftig aufwärts.“

Der Frühjahrsaufschwung auf dem Arbeitsmarkt bringt uns einen neuen Beschäftigungsboom. Mit fast 28 Millionen Erwerbstätigen haben wir eine Rekordmarke erreicht: Noch nie waren so viele

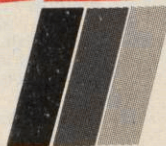
Wer jetzt noch auf Lafontaines Angst- und Panikmache hereinfällt, ist selbst schuld.

Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in Brot und Lohn. Seit dem Tiefpunkt der Beschäftigung im Herbst 1983 sind inzwischen mehr als 1,7 Millionen Arbeitsplätze neu entstanden.

● Die Stimmung bei den Unternehmen ist weiterhin positiv, in den nächsten Monaten werden noch mehr Menschen einen Arbeitsplatz finden. Denn: Es ist erst Frühling, im Sommer werden in der Regel noch mehr Arbeitnehmer eingestellt.

Gute Aussichten für Deutschland – wenn die deutsche Einheit kommt, geht es weiter aufwärts mit der Wirtschaft und auch auf dem Arbeitsmarkt. Experten im In- und Ausland erwarten ein 2. deutsches Wirtschaftswunder in einem geeinten Deutschland.

CDU



Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

WM '90



**Mit WM -
Preisausschreiben**

FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT
ITALIEN · 8. JUNI BIS 8. JULI 1990

Neu: Fußball- WM-Kalender '90

In bewährter Form, handlich und praktisch, steht als Verteilmittel auch bei dieser Fußballweltmeisterschaft wieder ein Kalender zur Verfügung, in dem sich u. a. Spielpaarungen, Termine und Fernsehzeiten finden. Die einzelnen Spielergebnisse können Fußballfans selber in Tabellen eintragen.

Bestell-Nr.: 2228

Mindestbestellmenge: 250 Expl.

Preis pro Mindestbestellmenge:
25,— DM

(ohne MwSt. inkl. Versand)

UiD

13/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Druck:** Konrad-Adenauer-Verlag, Bonn, Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln, Konto Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.